

## KURZ ERKLÄRT: REFORM DES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHTS

Wir schaffen mehr Ordnung in der Migration: wir fördern reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt und reduzieren irreguläre Migration in die Sozialsysteme. Auch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts orientiert sich an diesem Ziel.

Zu lange sind in Deutschland de facto auch Menschen eingebürgert worden, die einen antisemitischen Hintergrund haben. Und zu lange war eine Einbürgerung auch für Menschen möglich, die von Sozialleistungen leben. Das muss aufhören. Das von der Union verantwortete Einbürgerungsrecht kann nicht bleiben, wie es ist. Nichts tun, ist keine Option. Wer das nicht sieht, verschließt die Augen vor der Realität.

### Für uns ist klar:

- 1. Wer die Werte des Grundgesetzes nicht teilt, wer antisemitisch, fremdenfeindlich oder auf andere Weise menschenverachtend handelt, der darf künftig keinen deutschen Pass mehr bekommen.**  
Deshalb werden wir vor der Einbürgerung die Prüfung verbessern, ob derart motivierte Straftaten oder auch bestimmte Bagatelldelikte wie antisemitische Beleidigungen begangen worden sind.
- 2. Wer seinen Lebensunterhalt nicht alleine stemmen kann, der kann nicht eingebürgert werden.**  
Das ist ein vernünftiges und nachvollziehbares Kriterium, das auch viele andere Einwanderungsländer erfolgreich anlegen. Denn zu einer gelungenen Integration von Einwanderern gehört, dass sie von ihrer eigenen Hände Arbeit leben.
- 3. Wer unsere Werte teilt und etwas leisten will, ist uns herzlich willkommen. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist dann Krönung gelungener Integration und das Signal, dass sich Fleiß auszahlt.**
- 4. Wir brauchen schnellstmöglich ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsgesetz,**
  - das endlich einen klaren Rahmen setzt (Erwerbseinkommen), ebenso klare Grenzen zieht (Wertekompass)
  - und zugleich zu einem modernen und weltoffenen Land passt und sich bei Fristen und Co. an Vorbildern erfolgreicher Einwanderungsländer wie Kanada orientiert.

Wer – wie CDU/CSU – gegen eine solche Reform ist, lässt die Tür zur deutschen Staatsbürgerschaft für Antisemiten und Sozialleistungsempfänger weiter offen. Das wollen wir als Freie Demokraten nicht mehr zulassen.